

Eine Ernährungsdebatte.

In einer gemeinsamen Beratung der Reichsratsabgeordneten beider großen deutschen Parteien, des Nationalverbandes und der Christlichsozialen, haben die Finanzfragen der Zukunft und die Ernährungsfragen der Gegenwart eingehende Erörterung gefunden. Wie sich von selbst versteht, war es das Gegenwartsthema, das in der Debatte den größeren Raum einnahm und sie fast vollständig beherrschte. Die Frage, die die weitesten Volkskreise unausgesetzt beschäftigt, steht natürlich auch auf der Tagesordnung, wenn die Volksvertreter sich wieder einmal zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten zusammenfinden. Die Beschlüsse, in denen die gestrige Abgeordnetenversammlung zur Ernährungsfrage Stellung nahm, entsprechen so ziemlich dem allgemeinen Urteil, allerdings, ohne daß die sonst geübte Kritik dabei eine sonderliche Erweiterung ihrer Gesichtspunkte gewonnen hätte. Neue Anregungen wurden nicht zutage gefördert, es sei denn der von einem besonders radikalen Referenten empfohlene Grundsatz, in Sachen der Volksernährung die Einzelwirtschaft völlig aufzugeben und zur Massenpeisung durch Staatsküchen überzugehen. Die Gemeinschaftsküche ist freilich auch kein neuartiger kriegswirtschaftlicher Reformgedanke, aber sie ist bisher, wenigstens als obligatorische Einrichtung und bis in die letzten Konsequenzen ausgebaut, nur von sozialdemokratischer Seite gefordert worden. Neu ist sie als bürgerliches Parteipostulat, und man muß einigermassen zweifeln, ob diejenigen,

die sich für eine so grundstürzende Aenderung der herrschenden Ernährungsgewohnheiten aussprechen, auch ganz darüber im Klaren sind, daß dies nicht nur das Aufhören aller individuellen Haushaltung, sondern auch die gänzliche Einstellung der gesamten Lebensmittelgewerbe mit sich bringen müßte. Gewiß darf man, da ja die wirtschaftlichen Möglichkeiten bei noch langer Fortdauer des Krieges sich nicht absehen lassen, auch die Idee der Gemeinschaftsküche nicht absolut von der Hand weisen. Solange aber diese Revolution im Ernährungsweisen nicht durch den Zwang der Tatsachen unweigerlich geboten ist, werden wir doch wohl gut tun, im Rahmen der bestehenden Ordnung jene organisatorischen Verbesserungen anzustreben, die zur richtigen Verteilung und zum geregelten Verbrauch der gegebenen Vorräte doch vielleicht ausreichen dürften.

Daß die organisatorische Arbeit auf diesem Gebiete noch lange nicht auf wünschenswerter Höhe steht, darüber ist alle Welt einig, und die Beschlüsse der Abgeordnetentagung sprechen das in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung klar und unberhöhlen aus. Vor allem wird ein mit angemessenen Vollmachten ausgestattetes Ernährungsamt gefordert. Wie sollte auch die Organisation unseres Volksernährungswesens eine zweckdienliche sein, da doch ihre erste Voraussetzung, eine kräftige Zentralstelle, noch immer mangelt? Das Ernährungsamt, wie es anfänglich geplant war, hat sich als völlig unzureichend erwiesen, und das richtige Ernährungsamt, das erst geschaffen werden soll, hängt nach langwierigen Verhandlungen noch immer in der Luft. Da also die starke Triebfeder fehlt, die das ganze Werk in Gang zu halten hätte, ist es kein Wunder, daß die vielerlei Ressorträder jetzt bunt durcheinanderlaufen und manchmal mehr Berordnungslärm als wirkliche Ordnung erzeugen. Während in Deutschland die Grundsätze der Rationierung und Rayonierung systematisch immer weitergehende Anwendung finden, sowohl auf die Bewirtschaftung der Lebensmittel wie auch anderer unentbehrlicher Bedarfsgegenstände, ist bei uns die Regelung erst für einen kleinen Bruchteil des Ernährungswesens halbwegs durchgeführt

und zum Beispiel für das wichtige Bekleidungsweisen noch kaum in Angriff genommen. Ebenso ist die notwendige Einheitlichkeit der Ernährungspolitik für Oesterreich und Ungarn noch nicht einmal in den Hauptlinien hergestellt. Es bleibt also noch viel, sehr viel kriegswirtschaftliche Reformarbeit zu leisten, und es ist der dringendste Wunsch der Bevölkerung — ein Wunsch, den die Abgeordnetentagung vielleicht nachdrücklicher hätte unterstreichen können —, daß in dieser organisatorischen Arbeit, an deren Gelingen sich die höchsten Staatsinteressen knüpfen, endlich ein rascheres Tempo eingeschlagen werde.